

Redebeitrag Karlsruhe

Seit dem 24. Oktober ist ein weiteres Asylbeschleunigungsgesetz in Kraft. Damit verschlechtert sich die Lage für ein Großteil der Geflüchteten. Beteiligt daran auch die GRÜNEN. Das Gesetz, das sich maßgeblich auch gegen Roma richtet, zeigt ein erschreckendes soziales und politisches Verständnis der Parteien.

So sollen Geduldete, denen man vorwirft, an ihrer Abschiebung nicht ausreichend mitgewirkt zu haben, fortan nicht einmal mehr das menschenwürdige Existenzminimum erhalten. Sie bekommen kein Bargeld und selbst der Anspruch auf Bekleidung soll gestrichen werden. Entgegen der aktuell beschlossenen Gesetze hat das BVG vom Juli 2012 festgestellt:

*„Auch eine kurze Aufenthaltsdauer oder Aufenthaltsperspektive in Deutschland rechtfertigt es im Übrigen nicht, den Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums auf die Sicherung der physischen Existenz zu beschränken. Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG verlangt, dass das Existenzminimum **in jedem Fall und zu jeder Zeit** sichergestellt sein muss.*

Der Aufenthalt in den Landeserstaufnahmestellen soll für alle Geflüchtete von 3 auf 6 Monate erhöht werden. Geflüchtete aus dem Balkan müssen bis zu der Entscheidung ihres Antrages in den Massenlager bleiben und können von dort aus auch abgeschoben werden. Die Residenzpflicht gilt für die Dauer des Aufenthalts. Diese funktionalen, politisch hochbrisante Einrichtungen, dienen in erster Linie dem Staat und nicht den Geflüchteten. Die Lager haben die Funktion, der Kontrolle, Aussonderung, Verteilung und Abschiebung. Dies wird zu mehr Isolation durch längere zentralisierte Unterbringung in den Erstaufnahmestellen führen. Mit der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes sollen Geflüchtete in den auf die Erstaufnahme folgenden Gemeinschaftsunterkünften nur noch Sachleistungen erhalten können, Arbeitsverbote werden eingeführt und es sollen mehr Abschiebungen ohne Ankündigungen stattfinden.

Montenegro, der Kosovo und Albanien werden neben Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu sogenannten sicheren Herkunftsländer erklärt. Das politische Signal das damit gesendet wird, ist fatal. Konkret heißt das nämlich, dass massive menschenrechtlich Defizite, Korruption, Polizeigewalt, fehlende öffentliche Fürsorge, strukturelle Diskriminierung, hohe Kindersterblichkeit, Ausschluss von politischer Partizipation, Rassismus gegen Roma und weiteres mehr, als demokratisch konsolidiert erklärt wird. Verheerende gesellschaftliche Zustände, die Nichtgewährung von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte werden so legitimiert.

Diese Politik ist bekannt aus den 90er Jahren, jener Zeit als die Massenlager und die Erstaufnahme als spezielle Einrichtungen in Karlsruhe für Baden-Württemberg, mit dem Ziel der Entrechtung und schnelleren Abschiebungen, entwickelt wurden.

Was können wir tun?

Wir brauchen mehr Solidarität und diese braucht vor allem politische Gestaltung. An dieser konkreten Gestaltung fehlt es. Wer Solidarität jetzt ernst meint, muss mehr tun als Kleider spenden oder nur Betroffenheit zeigen. Es geht um solidarisch verfasste Gesellschaftlichkeit die auf politische Gestaltung drängt. Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben sind soziale Institutionen und Gesetze, die dafür sorgen, dass Freiheit und Gleichheit nicht ins Leere fallen. Die gegenwärtige Politik unternimmt derzeit alles, dass die soziale Ungleichheit auf dramatischer Weise wächst und sorgt dafür, dass das Freiheitsideal zum Egoismus der einen und faktischer Vogelfreiheit der anderen verkümmert. Dies gilt es zu ändern, und damit müssen wir heute beginnen.

Viele fragen sich, wie das gehen soll?

Wir sollten an das Manifest von "Kein Mensch ist Illegal" von 1997 anknüpfen - Im Manifest wird dazu aufgerufen "MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen. .. MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. ... MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten." Wir fragen nicht nach dem Pass.

Wir können von Bewegungen, wie Aktion Zuflucht der 90er Jahr lernen dort wurde festgehalten: "Kein Mensch flieht freiwillig. Staatliche Fluchtkriterien können für uns kein Maßstab sein. Ihre Ungerechtigkeit

wird uns täglich vor Augen geführt - durch Abschiebungen in Krisenregionen, in Elend und Verfolgung."

In den USA und Kanada haben sich Großstädte zu Solidarity City, zur „Zufluchts-Stadt“ für Geflüchtete und Illegalisierte erklärt. Alle Bewohner/innen einer Stadt sollen ohne Furcht städtische Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Deshalb verweigern Kommunen den Bundes- und Landesbehörden die Zusammenarbeit bei der Identifizierung, Inhaftierung und Abschiebung von Illegalisierten. Das ist genau unsere Weg den wir jetzt gehen müssen.

In Freiburg haben 2012 mehr 1.700 Personen und 50 Gruppen in einem Freiburger Appell erklärt, "Zusammen die Abschiebungen verhindern" 2013 waren es mehr als 2500 die von der Stadt eine Offene Stadt ohne Abschiebungen gefordert haben. Das sind erste Schritte. In anderen Städten gibt es andere Erfahrungen. Lasst uns gemeinsam in Baden-Württemberg "solidarische Städte" aufbauen, lernen wir voneinander, gestalten wir die Solidarität politisch, dann werden wir auch Abschiebungen verhindern können.

Wenn wir alle zusammenstehen, schaffen wir das! Es liegt nur an uns!
Danke!